

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 3/51. Jahrgang

März 2020

Schutzgebühr: 0,40 €



Auch in Gießen versammelten sich etwa 500 Menschen am 20. Februar zu einer Mahnwache auf dem Kirchenplatz, zu der u.a. der DGB und der Ausländerbeirat aufgerufen hatten. Etwa 150 folgten im Anschluss einer Spontandemonstration hinter dem Transparent "Gegen Faschismus, Armut, Krieg und Krise".

Zum Terroranschlag in Hanau

„Ich empfinde Trauer und Wut. Trauer um die Opfer, Trauer mit ihren Angehörigen und Freunden. Ich empfinde aber auch Wut und ich gebe zu, dass sich diese Wut nicht nur gegen den Täter richtet. Meine Wut richtet sich auch gegen viele, die jetzt plötzlich betroffen von der Gefahr von Rechts reden. Jahrzehntlang haben Geheimdienste und Polizeibehörden die Gefahr verharmlost, wenn nicht rechte Strukturen gedeckt und unterstützt. Jahrzehntlang wurden angeblich von Linken angezündete Mülltonnen mit faschistischen Morden gleichgesetzt, Nazimörder waren immer Einzeltäter. Ich freue mich über jeden, der jetzt begreift, dass faschistischer Terror konsequent bekämpft werden muss. Ich freue mich über jeden, der versteht, dass Sozialabbau, Rassismus und Nationalismus der Nährboden für Faschismus sind. Ich hoffe, es ist nachvollziehbar, dass ich bei vielen offiziellen Erklärungen, die es jetzt gibt, erst Taten sehen will, bevor ich mir sicher bin, dass es keine Heuchelei ist.“
Patrik Köbele, DKP-Vorsitzender

Unglaublich, das Döner Dreieck wird zum Döner Viereck, dank der Gestattungspolitik der Stadt Gießen

Es ist schon fast unerträglich, was in den Abend- und Nachtstunden und sehr stark Freitag – Samstag bis 3.00 – 4.00 Uhr vor und in der Nachbarschaft des Spätkauf in der Dammstraße 15 getrunken und herumgebrüllt wird.

Der Spätkauf bietet seinen Kunden keine Toiletten an. Dabei werden Kronkorken, Flaschen und weitere im Spätkauf erworbene Waren und Verpackungen auf der Straße entsorgt.

Jetzt wurde durch die Stadt Gießen, im Hinterhof der Dammstraße 15, ein weiterer Gastronomiebetrieb genehmigt, nun haben sich zu den o.g. Hinterlassenschaften noch Urinierer und Kotzhaufen gesellt.

Die gesamte Immobilie gehört dem Gülec Clan (Kanaldienst...), wie auch sehr viele andere Immobilien in Gießen. Die

Walltorstr. 4 mit den kleinen Geschäften, die Bierbörse und ein Wohnblock in der Lindengasse wurde im hohen Millionenbereich erworben. Den Friseur, Juwelier und Lebensmittelladen hat man schon vertrieben. Die Geschäftsräume stehen z.Zt. leer. Im Mai 2020 ist dann noch der Dünsberg-Bäcker dran, der wegen überhöhter Mietforderung aufgeben muss.

Hoffentlich denkt das Ordnungsamt der Stadt bei der Kameraüberwachung und der neuen Verkabelung auch an diesen Ort.

Man sieht diesen Bereich immer mehr verkommen, Hauswände werden beschmiert, auch wenn abends nach 19 Uhr Motorräder und Autos ohne Schalldämpfer ihre Präsenz zeigen und im absoluten Halteverbot straffrei parken.

Inhalt:

75 Jahre 8. Mai: wieder Atomkrieg?	S.2
Stadtparlament/Adenauerbrücke	S.3
UKGM: medizinische Probleme	S.4
Lebensmittelpreise/J. Assange	S.5
Thüringen/Antifa-Demo	S.6
Frauentag/Abtreibungsrecht	S.7
Termine	S.8

Nebenstehende Zuschrift erhielten wir von einem Leser. Obwohl wir nicht alle Einzelheiten überprüfen konnten, hat sich die Echo Redaktion vor Ort informiert und muss leider die Zustände rund um das sog. „Döner Dreieck“ und der vorderen Dammstraße bestätigen. Für den gesamten Gebäudekomplex sollen bei der Stadt einige Bauanträge vorliegen. Was auch weiterhin stört ist die Verkehrssituation im Asterweg. Schon mehrfach haben wir darüber berichtet, dass immer wieder und vor allem in der Dunkelheit der markierte Radfahrweg zugeparkt ist. Passiert ist bis zum heutigen Tag von städtischer Seite nichts!

Für Frieden und Sozialismus!



75 Jahre nach der Befreiung: wieder Drohung mit Atomkrieg

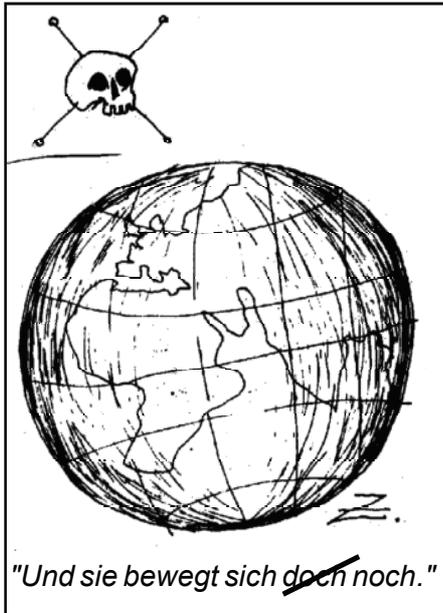
Am 8. Mai 2020 jährt sich zum 75. Mal die Befreiung von Faschismus und Krieg, der unendliches Leid mit 50 Millionen Toten über Europa gebracht hatte. Maßgeblichen Anteil am Sieg über den Faschismus hatte die Sowjetunion, die allein 27 Millionen Menschen im Krieg verloren hatte. Obwohl

die Alliierten USA und England bereits 1942 versprochen hatten, mit einer zweiten Front im Westen einzugreifen, landeten erst im Juni 1944, als der baldige Sieg der Roten Armee absehbar war, die ersten US-Truppen in der Normandie. Die Hoffnung, dass die UdSSR und Hitler-Deutschland sich gegenseitig bezwingen, war nicht aufgegangen, weswegen Churchill schon 1945 feststellte: *„Wir haben das falsche Schwein geschlachtet.“*

Jetzt, 75 Jahre später, stehen 37.000 NATO-Soldaten wieder an der russi-

schen Grenze. Die Kriegsgefahr wächst. Am Feindbild wird gearbeitet, auch wenn die Geschichte gefälscht werden muss. Wider besseren Wissens und alle Tatsachen missachtend wird nun der Sowjetunion Schuld am 2. Weltkrieg unterstellt, um die eigenen Kriegsvorbereitungen zu rechtfertigen. Die unsägliche Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus, von Tätern und Opfern, wird zur Staatsdoktrin. Dabei waren und sind Faschisten von den Herrschenden seit jeher wohlgeilten und der Faschismus für sie eine Option. Alten Nazis waren beim Aufbau der BRD von Beginn an dabei: in Industrie, Justiz, Geheimdiensten und der Politik. In

der Regierung Adenauers saßen mehr Faschisten als im ersten Kabinett Hitlers. Auch außenpolitisch werden heute enge Kontakte zu Faschisten gepflegt: in der Ukraine, in Venezuela, in Bolivien... Schon F.-J. Strauß



„Nach dem Scheitern des Kommunismus und der anscheinend wachsenden Funktionsschwäche der traditionellen Demokratien bleibt der Faschismus eine der Möglichkeiten der Politik.“ Das sagte J. Groß, der damalige Chefredakteur von "Capital" bereits Mitte der 90er Jahre.

befand das Klima im chilenischen Stadion „angenehm“, wo Pinochet tausende Demokraten eingesperrt, gefoltert und ermordet hatte.

Jetzt, 75 Jahre nach der Befreiung von Faschismus und Krieg in Europa, sind wir einem 3. Weltkrieg so nah wie nie. Alle Hemmnisse, die einem - wenn auch labilen - Frieden dienen, werden beseitigt: Das im Rahmen des 2+4-Vertrags vereinbarte Verbot einer Ausdehnung der NATO nach Osten über die Grenzen der BRD hinaus, wurde bald gebrochen; nun kommt die Kündigung von Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsverträgen durch USA/NATO hinzu, Landminen sind wieder genehmigt und der atomare Erstschlag angekündigt. Begleitet wird dies alles von einer Hochrüstung ohnegleichen, die in Folge Armut und Elend - die zweite Seite der gleichen Medaille - zunehmen lässt.

Rosa Luxemburg prophezeite schon während des 1. Weltkrieges: Sozialismus oder (Untergang in die) Barbarei. Heute muss gelten: Sozialismus statt Barbarei!
Erika Beltz

Nachtrag zu Kita-Tablets

Mit Interesse wurde das letzte Gießener Echo („Tablets in AWO-Kitas zum Schaden der Kinder“) angenommen, als es vor zwei AWO-Kitas an die Eltern verteilt wurde. Mit dem Elternbrief zur „DigiKitaUmsetzung“, den uns eine Erzieherin freundlicherweise überließ, konnten wir aber wenig anfangen. Es enthält Sätze wie z.B.: *„Kind und Erzieherin können im laufenden Gruppengeschehen wichtige Entwicklungsschritte, Situationen, Begebenheiten etc. gemeinsam verschriftlichen – entweder per Diktierfunktion auf dem Ipad durch das Kind selbst oder die Erzieher*in schreibt am Ipad auf, was das Kind diktiert.“* Vorstand und Geschäftsleitung der AWO, um deren Stellungnahme wir nachsuchten, haben noch nicht geantwortet.



Stadtparlament: AfD vermag nix - Koalition blockiert alles

Viel Konstruktives hat die AfD bisher nicht im Stadtparlament eingebracht. So kam sie auf den Gedanken, die Zahl der Stadtverordneten von 59 auf 45 reduzieren zu wollen. Dies brächte „gesteigerte Arbeitseffizienz“ und „Kostensparnis“ von sage und schreibe 33.600 Euro im Jahr bzw. 2.800 Euro im Monat.

Die Hessische Gemeindeordnung schreibt jedoch vor, dass in Städten zwischen 50.000 und 100.000 Einwohnern 59 Stadtverordnete zu wählen sind. Gießen liegt da mit knapp 90.000 eher am oberen Ende: Ab 100.000 müssen 71 Stadtverordnete gewählt werden – das sind sogar 12 mehr. Außerdem, so die AfD, würden sich jeweils nur wenige Stadtverordnete im Plenum einbringen: „Einige würden so gut wie nie in Erscheinung treten.“ Nun trifft Letzteres einerseits besonders auch auf die AfD zu und sagt

andererseits überhaupt nichts über die Arbeit in den Fraktionen aus, die ja nicht öffentlich tagen.

Um die Arbeit des Parlaments effektiv - und auch demokratischer - zu gestalten, sind ganz andere Maßnahmen nötig. Da ist zum einen die Aufhebung des Fraktionszwangs, mit dem die Parteien ihre Abgeordneten dazu verdonnern, so abzustimmen, wie es in der Fraktion beschlossen



wurde, und nicht etwa, wie es ihnen ihr „Gewissen“ nahelegt. Zum anderen ist da die undemokratische Gepflogenheit, bis auf ganz wenige einzelne Ausnahmen alle Anträ-

ge der Opposition abzulehnen und seien sie noch so sinnvoll und berechtigt. Und das „Stimmvieh“ in der Fraktion muss mitziehen.

Jüngstes Beispiel: Die Fraktion Gießener Linke forderte in einer Entschließung, die Ausländerbeiräte zu stärken statt sie – wie es die CDU/Grüne Landesregierung will – in ihren Rechten zu beschneiden und sie durch ernannte Kommissionen ersetzen zu können.

Ergebnis: Der Antrag wurde durch einen „Änderungsantrag“ der Koalitionsparteien ersetzt, der sich nur auf den Gießener Ausländerbeirat bezieht – und die Pläne von Bouffier/Al-Wazir nicht stört.

Für die Gießener Linke stellte Michael Janitzki fest, dass es der Koalition offenbar egal ist, was mit den anderen Ausländerbeiräten geschieht.

So geschehen im Hauptausschuss, die nächste Sitzung des Stadtparlaments findet nach Redaktionsschluss statt. - Übrigens: Bei der Gießener Linken, ein Zusammenschluss von Linkspartei und DKP, gibt es keinen Fraktionszwang. Erika Beltz

... und täglich grüßt die Adenauer-Brücke

Bei der 1970 gebauten **Adenauer-Brücke**, einer wichtigen Verbindung zwischen Gießen und dem Umland, wirken sich Planungschaos in verschiedenen Stadtregierungen und das Landesgartenschau-Defizit deutlich aus. Vor 23 Jahren wurde erstmals ihre Brüchigkeit festgestellt. 2006 musste sie für den Schwerlastverkehr gesperrt werden. Schließlich durften auch Fahrräder sie auf einer Seite nicht mehr überqueren. Die Gießener Allgemeine schrieb 2011, dass CDU-Dezernent Rausch die Brücke bis zur LaGa für 6 Millionen fertig saniert haben wollte. Denkste! Die Steuergelder verschwanden alle in den Kassen der Landesgartenschau und ihrer Profiteure. „Von nun an wird die Landesgartenschau höchste Priorität haben“, bestimmte damals die grüne Bürgermeisterin Weigel-Greilich die Richtung.

Eine Sanierung war jetzt nach der Landesgartenschau 2014 geplant. Denkste wieder!

Und die Brücke wurde immer baufälliger. 2017 erklärte Bürgermeister Nei-

del (CDU) den Stadtverordneten, dass es weitere Verzögerungen gäbe. Es ist zu vermuten, dass die Gelder für inzwischen marode gewordene Schulen gebraucht wurden, weil die Sanierungen jahrelang hinausgezögert wurden. 2024 soll jetzt angeblich ein Neubau der Konrad-Adenauer-Brücke für 22 Millionen Euro fertig gestellt sein. Der Anteil aus dem Stadtsäckel betrage 7 Millionen. Stolz sind die Grünen auf einen Radweg, anstatt ein umfangreiches Verkehrskonzept mit „Park and Ride“ und einem lückenlo-

sen Nahverkehrssystem mit Bus oder Straßenbahn in die Diskussion zu bringen. Aber eher geht wohl ein Kamel durchs Nadelöhr! Der Verkehr in die Innenstadt nimmt vierspurig immer weiter zu. Und - diese Brücke bunt anzustrahlen wird ihren Zerfall auch nicht aufhalten.

Zu Risiken und langjährigen Folgeschäden dieser Landesgartenschau fragen sie ihre Stadtverordneten Martina Lennartz und Michael Beltz, DKP, oder die Bürgerinitiative „Wieseck-aue“! M. Berger

Die Gießener SPDGRÜNECDU – Magistrate schaffen sich seit Jahrzehnten so ihre Brückenprobleme.

Eine intakte **Hochzeitsbrücke** über den Schwanenteich wurde für die Landesgartenschau 2014 (LaGa) geschrottet, nach Protesten teuer (gesponsort) saniert und - auf eine Wiese abgestellt. Eine bundesweite Lachnummer! Stattdessen wurde eine neue **Brücke über den Schwanenteich** gebaut, während der Blümchenschau gesperrt und dann mit der Baufirma vor Gericht gestritten. Für Fußgänger wurde als LaGa-Kunst-Projekt an der **Wieseckmündung ein Steg** aus Rohrgestängen 12 m neben einer bestehenden Brücke gebaut. 40.000 Euro Steuergeld an Miete fließen jährlich den Bach hinab! Danach wurde er abgerissen und als Provisorium wieder aufgebaut. Die naturrechtlichen Genehmigungen waren nicht beantragt. Planungen sahen vor, dass 2020 eine feste Brücke gebaut werden soll.

UKGM: auch medizinische Probleme häufen sich

Von guter, erfolgreicher Arbeit und gutem Betriebsklima kann im privatisierten Uniklinikum Gießen/Marburg (UKGM) keine Rede sein. Vor allem in Marburg ist das Verhältnis zwischen Geschäftsführung und Betriebsrat stark gestört. Wie schon im vorigen Echo gemeldet, hat der dortige Betriebsrat ein internes Verfahren gegen die Kaufmännische Geschäftsführerin S. Heinis beantragt.

Er wirft ihr Verstöße gegen Betriebsvereinbarungen, Arbeitsschutz- und Arbeitszeitgesetz und Nichtbeachtung von Überlastungsanzeigen vor. Anstatt die Sache

zu klären, hat die Geschäftsführung im Gegenzug ein Verfahren gegen den Betriebsrat eingeleitet und verlangt, dessen Anwalt von der Schweigepflicht zu befreien. Respekt vor den Interessen der Beschäftigten zeigt dieses Vorgehen nicht.

In Gießen häufen sich, Zeitungsberichten nach, schwere Behandlungsfehler. Kurz hintereinander wurden

zwei Fälle vor Gericht verhandelt. Im ersten Fall wurde ein junger Mann bei einer kleinen Routineoperation zu einem lebenslangen Pflegefall, im zwei-

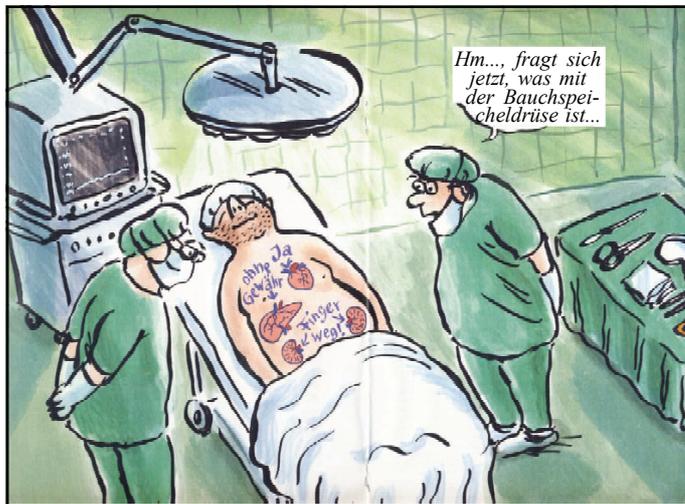
ten. Das ist allerdings ein bundesweites Problem und eine Folge des Systems der Abrechnung nach Fallpauschalen. Obwohl Behandlung und Klinikaufenthalt für Kinder naturgemäß aufwendiger sind als für Erwachsene, wird das bei den Fallpauschalen nicht berücksichtigt – Kinderkliniken sind fast immer ein Zuschussgeschäft.

Um Kindern den Aufenthalt in Kliniken erträglicher zu machen, gibt es regelmäßig überall im Land Spendensammlungen.

In Gießen sind bekanntlich Jahr für Jahr eine große Zahl mehr oder weniger prominente Mitbürger einige Tage mit dem Fahrrad unterwegs, um bei der „Tour der Hoffnung“ bei

Betrieben werbewirksam Geld für krebskranke Kinder zu sammeln.

Kann man machen, aber eigentlich ist es ein Armutszeugnis, wenn Staat und Krankenkassen nicht bereit sind, genug Geld für diese Aufgaben bereitzustellen. Im kapitalistischen System ist Mangel nicht notwendig, sondern politisch gewollt – also weg mit so einem System. Gernot Linhart



Organspende mit individueller Widerspruchslösung

ten musste nach einer Operation zum Längenausgleich der Beine ein Unterschenkel amputiert werden. Wahrscheinlich sind das Folgen des Personalmangels und der damit verbundenen Arbeitshetze.

Auch in der Kinderklinik fehlen Ärzte und Pflegekräfte, wodurch das Wohl der kleinen Patienten leidet, manche müssen lange auf ihre Aufnahme war-

Noch ein Beispiel, wie mit Patienten im Uni-Klinikum umgesprungen wird. Nach schwerer Erkrankung bekam eine Patientin mitgeteilt, dass sie am darauffolgenden Montag entlassen werden könne, worauf sie sich einstellte. Wenig später die Nachricht: sie müsse schon am Freitag nach Hause. Das war ihr, immer noch auf Hilfe angewiesen, nicht möglich. Dass sie dann doch bleiben konnte, war schwer zu erreichen gewesen und ihr nur mit der giftigen Bemerkung gestattet: Wenn jetzt ein Mensch sterben muss, weil Sie Ihr Bett nicht freimachen, sind Sie schuld!

Ärztestreik am Uniklinikum

Nachdem im Januar eine Tarifrunde für die nichtärztlichen Beschäftigten am Uniklinikum erfolgreich abgeschlossen werden konnte, geht es jetzt um Bezahlung und Arbeitsbedingungen der Ärzte, die noch beim Land Hessen angestellt sind. Gefordert werden 6,9% mehr Gehalt und Verbesserungen bei verschiedenen Zuschlägen. Nach Angaben des Marburger Bundes, der Gewerkschaft der Ärzte, gibt es am Klinikum Zehntausende noch nicht bezahlte Überstunden, teilweise werden Ärzte an der Dokumentation von Überstunden gehindert. Mit einem ganztägigen Warnstreik eines Teiles der Ärzte wurde Druck gemacht; das bisherige Angebot des Landes ist völlig unzureichend. Wir wünschen den Ärzten viel Erfolg bei ihrem Tarifkampf!

G.L.



Höhere Lebensmittelpreise - für wen?

Bundesweit werfen Landwirte ihre Traktoren an und demonstrieren gegen Umweltauflagen und für existenzsichernde Preise für ihre Erzeugnisse. Landwirtschaftsministerin Klöckner, eifrige Vertreterin der EU-Agrarpolitik, hat eine einfache Lösung parat: Die Menschen sollen mehr Geld für Lebensmittel ausgeben. Wie soll das gehen? Sollen wir an der Kasse 5 Euro mehr hinlegen und „stimmt so“ sagen? Sollen wir einen

gen Löhnen und Sozialleistungen gar nichts anderes übrig. Wenn bessere Qualität und Tierhaltung erkennbar sind, zahlen die, die es sich leisten können, auch höhere Preise. Von jedem Euro, den der Kunde mehr bezahlt, erhält der Händler höchstens 20 Cent, auch bei sogenanntem „Fairer Handel“ und bei Bio-Produkten. Oft hat der Ladenpreis kaum Einfluss darauf, was der Erzeuger erhält. Bei

die Hälfte der Bevölkerung von der Lebensmittelproduktion lebt. Eine tier- und umweltfreundliche Landwirtschaft mit guten Bedingungen für die Bauern wäre möglich, wenn die 60 Milliarden Euro, die die EU jährlich im Agrarbereich ausgibt, gezielt für dieses Ziel verwendet würden. Eine solche Landwirtschaft wird von Landwirtschaftsministerin Klöckner aber als „Bullerbü“ verhöhnt.
Gernot Linhart



Massenwaren wie Schweine- und Rindfleisch, Milch, Getreide und Feldfrüchten gilt der Weltmarktpreis. Bei der EU-Agrarpolitik spielt Umwelt-, Klima- und Tierschutz kaum eine Rolle – Ziel ist die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Den Industrieländern ist es gelungen, die Agrarwirtschaft soweit zu industrialisieren, dass sie traditionelle Agrarstaaten niederkonkurrieren können.



Preisvergleich machen und dann das teuerste Produkt wählen? Die Preise werden nicht vom Käufer gemacht, sondern vom Händler. Der Kunde bezahlt, was vom Händler verlangt wird, günstige Angebote werden natürlich angenommen, vielen bleibt bei niedri-

States, in denen der Anteil der Landwirtschaft nur wenige Prozente der Wirtschaftsleistung ausmacht, ruinieren die Bauern in Staaten, in denen

**Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.**

www.jungewelt.de/testabo
Abotelefon: 030 53 63 55 50

3 WOCHEN GRATIS! **junge Welt**

Assanges Leben in Gefahr

120 Ärzte und Psychologen fordern ein Ende „der psychologischen Folter und medizinischen Vernachlässigung“ des Wikileaks-Gründers Julian Assange. Er leide unter den Folgen des Aufenthalts in der ecuadorianischen Botschaft und im Londoner Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh, schrieben die Experten in einem Brief, den die Medizin-Zeitschrift „The Lancet“ veröffentlicht hat. Sollte der 48-Jährige in der Zelle sterben, dann sei er „effektiv zu Tode gefoltert worden“, heißt es in dem Schreiben.

Die Folterung von Assange müsse eingestellt und es müsse ihm Zugang zur „bestmöglichen Gesundheitsversorgung gewährt werden, bevor es zu spät ist“. Er sitzt seit April 2019 im Gefängnis im Osten der Hauptstadt ein.

Ihm drohen, unter anderem wegen des Vorwurfs, der Whistleblowerin Chelsea Manning geholfen zu haben, geheimes Material von US-Militäreinsätzen im Irak und in Afghanistan zu veröffentlichen, 175 Jahre Haft.

Dadurch wurden von US-Soldaten begangene Kriegsverbrechen bekannt. Die Petition "Verhindert die Auslieferung von Julian Assange an die USA" wurde schon von mehr als 400.000 Menschen unterschrieben:

<http://www.change.org/p/verhindert-die-auslieferung-von-julian-assange-an-die-usa>

Noch ist CETA nicht beschlossen

Die Verabschiedung des Freihandelsabkommens CETA im Bundesrat steht noch aus. Die nächste Sitzung ist am 13. März, die Thüringer Sitze werden leer bleiben. - Damit der Vertrag in Kraft treten kann, müssen ihn alle EU-Mitgliedstaaten ratifizieren. Das ist keineswegs sicher. Also: weiter Druck machen!

**UZ-Sozialistische
Wochenzeitung der DKP**
UZ Woche für Woche
antikapitalistisch!

**6 Wochen
kostenlos testen**

www.unsere-zeit.de
Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
info@unsere-zeit.de

Weimarer oder Thüringer Verhältnisse?

Die Landtagswahl in Thüringen am 27.10.19 endete für die bürgerlichen Parteien mit einem Desaster. Linkspartei (31,0%) und AfD (23,4%) hatten sie klar deplatziert. Der Bürgerblock aus CDU/SPD/FDP/Grüne hatte keine Mehrheit mehr. Bodo Ramelow, der staatstragende Sozialdemokrat, forderte die CDU und FDP auf, eine Minderheitsregierung aus Linke, SPD und Grüne zu tolerieren. Die CDU sagte ab, mit der Begründung man werde weder Links- noch Rechts-

extremisten tolerieren. In der Wahl zum Ministerpräsidenten am 5.2.2020 gelang den Faschisten aus der AfD ein Coup, welcher offensichtlich mit den bürgerlichen Parteien abgesprochen war. Drei Kandidaten waren ins Rennen gegangen: Bodo Ramelow (Linke), Thomas Kemmerich (FDP) und Christoph Kindervater (parteilos von AfD nominiert). In den beiden ersten Wahlgängen verpasste Ramelow immer knapp die Mehrheit. Im 3. Wahlgang wurde Kemmerich mit ei-

ner Stimme Mehrheit vor Ramelow gewählt. Alle bürgerlichen Parteien hatten geschworen sich niemals mit den Stimmen der AfD zur Macht bringen zu lassen. Im ersten Überschwang frohlockten Kubicki und Lindner und freuten sich über den einzigen FDP-Ministerpräsidenten bundesweit. Dann flossen bei den bürgerlichen Parteien auf der Bundesebene die Krokodilstränen. Von Staatskrise war die Rede. Kemmerich trat auf Grund des Druckes bereits drei Tage später wieder zurück; er sagte, er wäre während der gesamten Wahl mit Parteichef Lindner in Kontakt gewesen. Annegret Kramp-Karrenbauer war im Vorfeld bei ihrem CDU-Landesverband mit der Forderung, keine gemeinsame Sache mit der AfD zu machen, abgeblitzt. Das ist alles kein Zufall. Die Faschisten haben einen klaren Plan: die Zerstörung der bürgerlichen Demokratie! Wie ihre historischen Vorgänger Mussolini und Hitler setzen sie dabei auf die Taktik der Zerstörung des Parlamentarismus mit seinen eigenen Mitteln. Sie machen das bürgerliche System lächerlich und die bürgerlichen Parteien spielen heute wie damals mit: aus Machthunger, Antikommunismus und historischer Blindheit. Thüringen wird überall sein.
Henning Mächerle

Gegen Faschismus, Armut, Krieg und Krise!



Unter diesem Motto demonstrierten am 15. Februar rund 250 Menschen durch die Gießener Innenstadt. Aufgerufen hatte die „Antifaschistische Basis Gießen“, um dem weltweiten Rechtsruck den Kampf anzusagen. In der Eröffnungsrede auf dem Bahnhofsvorplatz kritisierte das Bündnis die Faschisierung des Staatsapparates: Überwachungsmaßnahmen werden ausgebaut, Polizeigesetze verschärft, in zahlreichen Auslandseinsätzen der Bundeswehr sollen die strategischen und ökonomischen Interessen des deutschen Kapitals umgesetzt werden. Dagegen ist Widerstand angesagt: Gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem, das soziale Ungleichheit erzeugt und ein Nährboden für Faschismus ist, für eine Gesellschaft, in der die eine Klasse die andere nicht ausbeutet, in der Rassismus, Antisemitismus und soziale Demagogie keinen Platz finden.

Die Demonstration endete vor dem Uni-Hauptgebäude. Dorthin hatte das breite Bündnis „Gießen bleibt bunt“ mobilisiert, in dem sich fast 40 Organisationen zusammengeschlossen haben. In den Redebeiträgen wurde an das Kriegsende vor 75 Jahren erinnert und mit Blick auf Thüringen gemahnt, wohin eine Zusammenarbeit mit Faschisten führen kann.
Rainer Grabowski

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantwortlich: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Gründruck
Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Ich möchte:

- das Gießener Echo abonnieren
- das GE online abonnieren
- Infos bekommen
- Einladung zu Veranstaltungen

Name:.....

Anschrift:.....

Mail:.....

Leserbrief

Liebe Genossinnen und Genossen der ECHO-Redaktion, seit Jahren sind wir Eure treuen Leser. Wir sind immer wieder begeistert von Euren frechen Karikaturen mit den pointierten Sprechblasen. Gemeinsam sind sie richtige Hingucker und zusammengefasst eine kleine Meisterleistung! Die Aufmacher mit ihren aktuellen Kurzartikeln treffen inhaltlich oft auch mindesten in unserem Brandenburger Bundesland zu. Zu den Artikeln der Februar-Nr.2020 fiel mir u. a. besonders der Text „Gegen Altersarmut - nicht mit Faschisten!“ auf.

Zum Artikel von Gernot Linhart „UKGM: Künftig Patienten je nach Kontostand?“: Ja, nur mit Kassenpatienten kann auch bei uns kein Arzt auf dem Lande existieren. Liebe Freunde und Genossen der schreibenden Kunst, Ihr werdet gebraucht. So lange Eure Kraft noch reicht, macht weiter so, das wünscht sich aufrichtig.
Brigitte Müller, Wansdorf

Redaktionsschluss für April-Echo: Mi., 25. März

„Ohne Sozialismus keine Befreiung der Frau - ohne Befreiung der Frau kein Sozialismus!“

Clara Zetkin schlug auf der zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz 1910 die Einführung eines internationalen Frauentages vor. Dieser wird heute in fast allen Ländern begangen – wenn auch sehr unterschiedlich. Aber: Haben wir überall Grund zum Feiern? Haben sich die Forderungen der Frauenbewegung in den letzten 110 Jahren geändert? Angesichts einer Frauenbewegung, die immer noch demselben Klassengegner wie vor 110 Jahren gegenübersteht? Gut, wir haben das Frauenwahlrecht. Aber da wusste die kluge Clara Zetkin schon im Jahre 1889: „Das sehr schwer erkämpfte Frauen-

wahlrecht, ohne ökonomische Freiheit, ist leider auch nur „ein Wechsel ohne Kurs“ für uns Frauen“.

Und diese notwendige ökonomische Freiheit ist fast nirgendwo auf der Welt zu sehen. Gibt es was zu feiern angesichts Millionen von Frauen, die Tag für Tag immer noch um ihre körperliche Unversehrtheit bangen müssen? Für die Frauen, die nicht selbst entscheiden dürfen, ob sie schwanger sein wollen oder nicht? Ist es ein Fortschritt, dass viele minderjährige Frauen in der Bundeswehr auf Kriege vorbereitet werden? Der berechtigte Kampf um gleichen Lohn für gleiche Arbeit findet heute immer noch statt.

Die wachsende Altersarmut betrifft vor allem Frauen. **Und vor Allem:** Angesichts von immer zahlreicher werdenden Kriegsschauplätzen auf dieser Welt leiden Frauen und ihre Kinder in besonderem Maße. Mit jedem Krieg werden die Frauenrechte wieder ins Mittelalter zurückgebombt. Frauenrechte und Kapitalismus – das widerspricht sich. Nur im Sozialismus werden die Forderungen von 1910 endlich umgesetzt werden. Und deshalb gehen wir alle zusammen auf die Straße und kämpfen dafür. Eine bessere Welt ist möglich. Nicht nur am 8. März!
Martina Lennartz

§§218/219a: Abtreibungsrecht der BRD vor die UNO

Weil die Selbstbestimmung von Frauen und damit die Menschenrechte verletzt werden, hat sich die Organisation „Pro Choice“ an die UNO gewandt. Bereits 1985 hatte sich die BRD zur Umsetzung der UN-Frauenrechtskonvention CEDAW verpflichtet, aber deren Weisungen missachtet. Der UN-Fachausschuss aus dem Jahr 2017 hatte der BRD empfohlen, die Pflichtberatung sowie die Wartezeiten vor dem Abbruch abzuschaffen, weil dadurch oft eine schonende medikamentöse Abtreibung nicht mehr möglich ist. Des Weiteren wird die Übernahme der Kosten durch die Krankenkassen gefordert sowie Verhütungsmittel für finanziell schwache Frauen. Pro Choice weist außerdem darauf hin, dass besonders in katholischen und ländlichen Gegenden die Versorgungslage immer schlechter wird. All dies schränkt die Selbstbestimmung und letztlich die Menschenrechte von Frauen ein.



Wir bitten um Bezahlung der Abogebühren und um Spenden

Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können.

Diese Bitte richtet sich auch an unsere Online-Leser.

Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener linke Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit. **SparKasse Gießen, IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70.** Es grüßt mit herzlichem Dank die Echo-Redaktion

**21. UZ-PRESSEFEST
VOLKSFEST DER DKP**

www.uz-pressefest.de

**DAS FEST DES FRIEDENS
UND DER SOLIDARITÄT**

28. – 30. AUGUST 2020

REVIERPARK WISCHLINGEN, DORTMUND

Kann der Trump-Netanjahu-Plan Frieden in Israel/Palästina bringen?

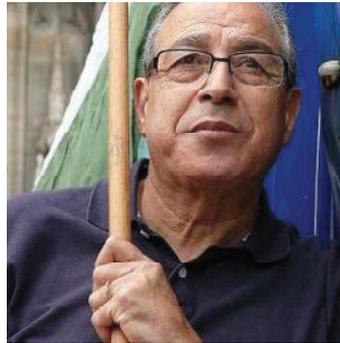
Diskussionsveranstaltung der DKP

mit

George Rashmawi

Mitglied des Vorstands der Palästini-
scheschen Gemeinde in Deutsch-
land e. V.

Dienstag, 31. März, 19.30 Uhr, im
Kerkrade-Zimmer der Kongresshalle



Jeden Montag, 18 bis 19 Uhr

bei den 3 Schwätzern:

Protest gegen Hartz IV



blog.unsere-zeit.de
www.dkp-hessen.de
www.dkp-giessen.de

DKP-Gießen auch bei facebook

Info-Stände der DKP 2020:

7. März, 4. April, 11. April; jeweils
samstags ab 10.30 Uhr auf dem
Kreuzplatz

Antifaschistische Basis Infoveranstaltung

am Donnerstag, 12.3., um 18 Uhr
im Dachsaaal des DGB-Hauses

Buchenwald

Am Samstag, dem 21. März, wird es
von DKP und SDAJ eine gemeinsame
Fahrt zur Gedenkstätte Buchenwald
mit Führung geben. Interessenten bit-
te bei der Echo-Redaktion melden.

Fridays for Future

nächster Klimastreik
am Freitag, 24. April 2020
auch in Gießen



8. März - Internatio- naler Frauentag

Demonstration am Samstag,
dem 7. März, ab 14 Uhr auf
dem Kirchenplatz

*"Da die Vernetzung von Kapital und Patri-
archat die Frauen doppelt ausbeutet, rufen
wir zu einer gemeinsamen Demonstration
auf". 8. März Bündnis: ARAG, DKP, Kurdin-
nen und SDS.*

Vor-Mai-Veranstaltung der DKP

Mittwoch, dem 29. April, um 19.30 Uhr,
im Versailles-Zimmer der Kongresshalle

Es spricht **Bernd Blümmel**,
stellvertretender Vorsitzender der DKP
Hessen

Es singt **"Woger"** Lieder von Han-
nes Wader und eigene.



Stopp Defender 2020

Aktionstag der nordhessischen
Friedensbewegung am Samstag,
dem 7. März in Fritzlar

Ostermarsch 2020 in Gießen

Kundgebung des Gießener Friedensnetz-
werks am Ostersonntag, dem 11. April,
von 11 bis 16 Uhr, Seltersweg/Ecke Lö-
wengasse

Jetzt wird er auch schon 70!

Dazu gratulieren wir
herzlich unserem
Genossen

Mario Berger

und wünschen ihm alles Gute. Kein Sturm hat Dich umgehauen.
Das Berufsverbot hast Du überstanden. Bis heute engagierst
Du Dich gegen die Auswirkungen der LaGa, gegen Korruption
und gegen Rechts.

Gießen, im März 2020 - DKP Gießen

Leben wie ein Baum, einzeln und frei
doch brüderlich wie ein Wald,
das ist unsere Sehnsucht.

Nazim Hikmet